

CDU-SPENDENSKANDAL

Ehlerding belastet Union

Neun Jahre nach seiner Aussage im Untersuchungsausschuss zum CDU-Spendenskandal hat das Hamburger Unternehmer-Ehepaar Karl und Ingrid Ehlerding eine Kehrtwende vollzogen und nun die Union belastet. Zwar blieben beide in einem Gespräch für ein an diesem Montag erscheinendes Buch* bei der Behauptung, ihre Fünf-Millionen-Mark-Spende 1998 an die Bundes-CDU habe nichts damit zu tun gehabt, dass die Kohl-Regierung kurz zuvor einem Konsortium, an dem die Ehlerding-Gruppe beteiligt war, den Zuschlag im Bietergefecht um 112 600 Eisenbahnerwohnungen erteilt hatte. Doch bei der Abwicklung soll nach ihren neuen Aussagen 1998 auf Drängen der CDU getrickt worden sein, um die größte Spende in der Parteigeschichte auf zwei Jahre verteilen zu können. Der für die Union tätige Spendensammler Hans Terlinden habe dazu den Vorschlag gemacht, das Geld in eine Spende und in ein Darlehen an die Partei aufzuteilen. Während die CDU den Spendenteil von 2,43 Millionen schon 1998 verbuchte, wurde das zinslose Darlehen über 2,57 Millionen Mark erst ein Jahr später in eine Spende umgewandelt und im Rechenschaftsbericht für 1999 vermerkt. Der Schilderung von Karl Ehlerding zufolge hatte das Ehepaar immer schon die gesamten fünf Millionen Mark spenden wollen. Es sei daher klar gewesen, dass das Darlehen nicht mehr zurückgefordert werde. Genau das hatten beide 2001 im Ausschuss noch bestritten, mit der Folge, dass die CDU in dieser Sache einer Strafzahlung in Millionenhöhe entging. Terlinden wollte sich auf Anfrage des SPIEGEL nicht zu den neuen Angaben äußern. Gestützt wird die Ehlerding-Darstellung dem Buch zufolge durch Angaben von Jürgen Schornack, Ex-Mitarbeiter der CDU-Schatzmeisterei. Der will schon Ende 1998 nicht nur für den Spenden-, sondern auch für den Darlehensanteil eine Spendenquittung unterschrieben haben. Die Quittungen – für den Darlehensanteil vorgedatiert auf den November 1999 – seien zuvor in der Bundesgeschäftsstelle erstellt und ihm dann zum Abzeichnen übermittelt worden. Auf SPIEGEL-Anfrage verwies die Bundes-CDU dazu auf die alten Ausschussberichte. Weitere Erkenntnisse lägen der Partei nicht vor.

* Rudolf Lambrecht, Michael Mueller: „Die Elefantenmacher“. Eichborn Verlag, Frankfurt am Main; 368 Seiten; 19,95 Euro.



ORESTIS PANAGIOTOU / DPA

Proteste im verschuldeten Griechenland

EUROPA

FDP für härteren Kurs

Die FDP macht sich in der Koalition für eine härtere Gangart in der europäischen Finanzkrise stark. In einer Beschlussvorlage für eine Klausurtagung der FDP-Bundestagsfraktion in dieser Woche heißt es, der Stabilitätspakt für den Euro müsse verschärft werden. Außerdem dürfe es keinen Länderfinanzausgleich auf europäischer Ebene geben. Einen europäischen Währungsfonds, wie ihn Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble ins Gespräch gebracht hatte, lehnt die FDP ab. „Wir werden der Bundesregierung genau auf die Finger schauen, was sie auf europäischer Ebene verhandelt“, sagt FDP-Fraktionschefin Birgit Homburger. „Eine europäische Transferunion wird es mit der FDP nicht geben.“

INNERE SICHERHEIT

Reibungslose Zusammenarbeit

Die Bundesregierung weicht die strikte Trennung von Polizei und Geheimdienst auf. Bundeskriminalamt (BKA) und Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) sollen künftig verstärkt Mitarbeiter austauschen, um die „fachliche Kompetenz des Personals“ zu steigern und das für eine „reibungslose Zusammenarbeit notwendige gegenseitige Verständnis“ zu fördern, heißt es dazu in einer Rahmenvereinbarung zwischen BKA und BfV. Zunächst sollen nach dem Willen von Bundesinnenminister Thomas de Maizière Führungskräfte rotieren, später soll das Programm auf Beamte des mittleren und gehobenen Dienstes ausgeweitet

werden. Geheimdienstler, so sieht es die Rahmenvereinbarung vor, werden während der ein bis zwei Jahre dauernden Rotation „nicht mit Vollzugsaufgaben“ betraut. Polizisten seien „vom Legalitätsprinzip“, das sie zu Ermittlungen verpflichtet, „zu entbinden“. Der Bund Deutscher Kriminalbeamter reagierte auf den Vorstoß des Bundesinnenministers „irritiert“, wie dessen Vorsitzender Klaus Jansen sagte. Es dränge sich der Eindruck auf, als solle so „durch die kalte Küche ein deutsches FBI installiert werden“. Die US-Behörde hat sowohl polizeiliche als auch geheimdienstliche Aufgaben und Kompetenzen.



THOMAS KOEHLER / PHOTOTHEK.NET

De Maizière